VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Position

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Landtagswahl in Hessen 2023

Beschluss Nr. 2 des VhU-Präsidiums vom 16.05.2022

Bildungssystem und Schule

Bildung aktiv und innovativ gestalten

Mittelfeld reicht nicht: Bildung und Schulen wettbewerbsfähig aufstellen

Bildung ist nicht nur die Basis für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Wohlstand. Sie ist bekanntermaßen auch die wirksamste Sozialpolitik. Deshalb sind Investitionen in Bildung unverzichtbar und Ziel muss sein, alle Potenziale zu heben und jeden Menschen bestmöglich in seinen Talenten zu fördern. Denn auch für Unternehmen ist eine hervorragende Bildung elementar, wenn junge Menschen als künftige Mitarbeiter ihren Berufsweg in der Wirtschaft aufnehmen. Der Grundstein dafür wird im Bildungssystem früh gelegt.

Deshalb braucht es in Hessen ein wirksames, chancengerechtes und digital fittes Bildungssystem. Mittelmaß kann man sich nicht erlauben, wenn Hessen in der Spitze mitspielen will. Klar ist: Die absoluten Ausgaben für die Bildung in Hessen sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Sichtbar wird das beispielsweise an den 2.000 zusätzlich eingestellten Lehrkräften in den vergangenen vier Jahren. Der INSM-Bildungsmonitor zeigt aber auch bei allen bisherigen Investitionen notwendige Handlungsbedarfe auf, sei es bei der Schulqualität oder bei den Investitionen. In beiden Feldern spielt Hessen bundesweit gesehen nur im hinteren Drittel mit.

Wer dauerhaft Spitze sein will, muss auch spitzenmäßig investieren. Finanzielle Quantität muss einhergehen mit Qualität entlang der Bildungskette und in Schwerpunktthemen wie der Grundbildung, der MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), der Digitalisierung, dem Ganztagsausbau und dem Kompetenzerwerb. Diese Themen zahlen zu 100 Prozent auf die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen ein – und nicht zuletzt auf den Erfolg der Schüler auf ihrem Lebensweg.

Querschnittsaufgabe Digitalisierung: Turbo starten, Rolle rückwärts verhindern

Das Bildungssystem und seine Strukturen stehen einer schnellen Digitalisierung der Bildung entgegen. Das zeigen zum Beispiel der langwierige Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt und die Situation von Schulen während der Pandemie. Die Landesregierung muss die kommende Legislaturperiode nutzen, um den Digitalisierungsturbo für die Bildung zu zünden und nicht hinter die Digitalisierungseffekte der Pandemie zurückzufallen.

Das beinhaltet im Rahmen des Haushaltsspielraums ein umfangreiches Maßnahmenbündel: Schaffung einer digitalen Bildungsinfrastruktur für alle Bildungseinrichtungen, Einrichtung einer hessischen Serviceagentur „Digitale Bildung“ (inklusive eines hessischen Digi-Checks für Schulen), Betreuung der IT-Infrastruktur durch Fachleute/externe Servicedienstleister, Nutzung von Standardsoftware und Vereinfachung der Anschaffung zusätzlicher Software, Evaluation des Kompetenzstands des Bildungspersonals und (verpflichtende) Qualifizierung zu digitaler Bildung, Förderung der Entwicklung und Nutzung digitaler Lehr-/Lernmedien, schnelle Umsetzung der angekündigten Fortführung des DigitalPakts und weitere hessische Aufstockung, beschleunigte Freigabeverfahren und Auflegen einer Offensive „Berufliche Bildung“ im Kontext der bundesweiten Exzellenzinitiative.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Bund: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

Bildungschancen erhöhen und einheitliche Standards umsetzen

Das Motto der Landesregierung muss lauten: Hin zu einem zukunftsfähigen Plan für die Bildungsgestaltung. Das heißt: Eine ehrliche Analyse des Bildungslands Hessen in allen Bereichen auflegen, inklusive der Effekte der Corona-Pandemie, und daraus den Bildungsplan Hessen 2030 entwickeln. Ziel muss sein, die Chancen für jedes Talent zu erhöhen und die Qualität der Bildung in Hessen zu steigern. Dazu muss die Landesregierung ein Paket für strukturell Benachteiligte im System schnüren, das unter anderem Hard- und Softwareausstattung, Betreuung und individuelle Förderung sowie ein Programm für Brennpunkte umfasst. Zu einem Plan gehören auch die Identifizierung der Förderbedarfe und eine Ist-Analyse des Wissensstands, gerade in den Grundkompetenzen. Um die Qualität zu steigern, müssen vergleichbare Standards definiert und einheitliche Prüfungsmodalitäten, beispielsweise im Abitur oder bei hochschulischen Examina der Lehrkräftebildung, ausgeweitet werden.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

Bildungsoffensive in Kitas und Kindergärten starten

Im vorschulischen Bereich gibt es zusätzliches Potenzial für die Landesregierung, den Grundstein für mehr Bildungschancen zu legen. Dazu zählen verbindliche Sprachstandanalysen und ergänzende Sprachförderung im vorschulischen Bereich, die Einführung eines Qualitätssiegels für Kindergärten und Kitas, Profilprogramme (z. B. MINT, Medien), hessenweit einheitliche Kompetenz- und Bildungsstandards, systematische Kooperationen zwischen Grundschulen und Kindergärten und professionalisierte Fort- und Weiterbildungsangebote für pädagogisches Personal.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Qualität steigern und Ganztagsangebot ausweiten

Die Bildungs- und insbesondere Schulqualität muss im zentralen Interesse der Landesregierung liegen. Das erfordert ein Mehr an einheitlichen Bildungs- und Prüfungsstandards und die Gewährleistung, dass diese in den Bildungseinrichtungen erreicht werden. Jährliche Evaluationen mit Lernenden-, Eltern- und Lehrkräftebefragungen und die transparente Veröffentlichung der Ergebnisse sollten von der Landesregierung einheitlich und standardisiert eingeführt werden. Generell hat Hessen das Ganztagsangebot in den vergangenen Jahren spürbar und sehr deutlich vorangebracht. Dieser Weg ist auch in den kommenden Jahren fortzusetzen, die kooperationsgeleiteten Ziele der Systeme sind zu stärken. Gerade rhythmisierte Ganztagsangebote sollten von der Landesregierung noch stärker ausgebaut werden, über alle Schularten hinweg. Ergänzungsangebote, wie z.B. Camps, sollten als qualitative Aufwertung der Ganztagsangebote genutzt werden. Für Schulen mit Problemlagen sollte sie ein Sonderprogramm „Rhythmisierter Ganztag“ auflegen, damit gerade benachteiligte Schülerinnen und Schüler von einer verstärkten Bildungsteilhabe profitieren können.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: dreistellige Mio. Euro-Höhe

Schulen mehr Verantwortung übertragen und in Bürokratie entlasten

Mehr Autonomie brauchen Schulen in den Bereichen Organisation, Qualitätssicherung und Personal. Dafür unerlässlich ist der Ausbau eines finanziell eigenverantwortlichen Globalbudgets, den die Landesregierung im Rahmen des Haushaltsspielraums für alle Schularten angehen muss. Schulleitungen, die mit diesem Mehr an Verantwortung automatisiert umgehen kön-

nen, fallen nicht vom Himmel. Mindestens müssen die bildungspolitisch Verantwortlichen deshalb die Schulleitungen stärker und verbindlicher in diesen Kompetenzen qualifizieren. Die Landesregierung sollte weiterhin ein Modellprojekt „Duale Schulleitung“ starten und die Doppelspitze aus pädagogischer und administrativer Leitung erproben, damit Pädagogen und Pädagoginnen den Fokus auf das Wesentliche richten können und in den bürokratischen Aufgaben entlastet werden.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe

Lehrkräftebildung mit Modulsystem neu aufstellen

Die Lehrkräftebildung braucht eine Modernisierung und muss den veränderten Herausforderungen im Schulalltag Rechnung tragen. Die Landesregierung sollte den strukturellen Schritt auf Bachelor- und Master wagen und neue Schwerpunkte in der Lehrkräftebildung legen. Ein struktureller Wechsel auf Bachelor und Master beinhaltet zudem die Chance für Quereinstiegsprogramme. Vor Beginn eines Lehramtsstudiums sollte ein verbindliches Assessment stehen. Innerhalb des Pflichtcurriculums sollte dabei Digitalisierung und Berufsorientierung/Berufswahlbegleitung verankert sein. Ein modulares hochschulisches Angebot sollte auch für die Lehrkräftefortbildung geöffnet werden. Dadurch könnte die Landesregierung fachliche-horizontale Karrierepfade für Lehrkräfte eröffnen. Bei der Lehrkräftefortbildung muss das Kultusministerium wieder für mehr Verbindlichkeit bei Lehrkräften sorgen, Fortbildungsangebote wahrzunehmen. Hierfür bedarf es auch einer adäquaten Erhöhung des individuellen Fortbildungsbudgets und der Freistellung der Lehrkräfte.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Informatik als Fach stärker verankern

Während andere Länder den herausragenden Stellenwert von IT erkannt haben und Informatik als Pflichtfach einführen, fristet dieses Fach in hessischen Schulen ein Schattendasein. Hessen ist eines der wenigen Bundesländer, das bis vor kurzem überhaupt kein Angebot für informatische Bildung im Sekundarbereich I vorhielt. Die neu eröffnete Möglichkeit, Informatik als Wahlfach zumindest im gymnasialen Bildungsgang zu ermöglichen, ist sinnvoll, erreicht aber zu wenig Schülerinnen und Schüler.

Die politischen Verantwortlichen in Regierung und im Landtag müssen diese Lücke im Lehrplan schließen und auch andere Bildungsgänge einbeziehen. Um entsprechende Expertise in den Schulen zu entwickeln, braucht es regelmäßige Weiterbildungskurse der hessischen Lehrkräfteakademie. Außerdem muss das akademische Angebot für Erweiterungsstudiengänge an den Hochschulen in Hessen ausgebaut und für bereits tätige Lehrkräfte attraktiver werden. Damit aktive Lehrkräfte diese Angebote für das Fach Informatik absolvieren, ist ein finanzieller Anreiz zu setzen, etwa über einmalige Sonderzahlungen.

Für neue Informatik-Lehrkräfte sollten die Möglichkeiten des Quereinstiegs in den Berufsschuldienst und des Quereinstiegs in den Vorbereitungsdienst aufrechterhalten und beworben werden. Im Bereich des Quereinstiegs in den Vorbereitungsdienst sind die maximalen Möglichkeiten des Hessischen Besoldungsgesetzes zu nutzen und Anwärtersonderzuschläge von 100 Prozent zu zahlen.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

MINT und ökonomische Bildung aufwerten

Die Landesregierung muss einen hessischen MINT-Aktionsplan aufsetzen, MINT-bezogene frühkindliche Ausbildung in den Kindergärten ausbauen, experimentelle Angebote in den Grundschulen als Standard und Querschnitt etablieren und Profilbildungen an den Schulen fordern und fördern, beispielsweise über Pool- und Ermäßigungsstunden (etwa für MINT EC Gymnasien). Denn Innovation und Zukunft entsteht durch Bildung. Aufgabe von Bildungseinrichtungen ist es, Zukunftsthemen und die dazugehörigen Kompetenzen zu vermitteln. Innovation und MINT-Bildung sind wiederum zwei Seiten derselben Medaille.

Auch muss die Landesregierung die ökonomische Bildung deutlich aufwerten, die in hessischen Schulen im Fach Politik und Wirtschaft verkümmert. Viele der Kerncurricula dieses Faches bedürfen einer Generalüberholung, zudem braucht es in einigen Bildungsgängen (z. B. der Berufsschule) noch verbindliche Vorgaben. Die Entwurfsfassung eines neuen Kerncurriculums für Politik und Wirtschaft in der Fachoberschule zeigt zudem, dass ökonomische Bildung auch aktuell noch immer nicht gemäß ihres Stellenwertes einbezogen wird. Die Landesregierung muss hier einen Prozess zur Erneuerung anstoßen. Dazu zählt, wirtschaftliche Zusammenhänge einzuordnen und Alltagskompetenzen zu vermitteln. Sie sollte außerdem garantieren, dass das Fach nicht fachfremd, sondern mit ökonomischem Sachverstand und Kompetenz vermittelt wird.

Gründergeist frühzeitig wecken

Damit Innovationen auf den Markt eintreten, ist ein Gründergeist notwendig. Für Gründungen aus Hochschulen gibt es eine breite Infrastruktur: Hier muss die Landesregierung ansetzen und Kooperationen zwischen Schulen und Gründerzentren fördern, beispielsweise über Projektmittel. Die hessischen Gründerzentren an den Hochschulen sollten zudem Schulkooperationen eingehen, unterstützt mit einem landesweiten Gründerpreis für Schülerfirmen und einem Wettbewerb der Ideen, der durch die Regierung oder den Landtag gestiftet wird. Bewährte Konzepte zur Förderung von Unternehmertum sollte die Landesregierung auch weiter unterstützen.

Schulen in freier Trägerschaft gemäß Rechtslage finanzieren

Schulen in freier Trägerschaft übernehmen einen wesentlichen Teil des Bildungsauftrags des Landes. Während die Zahl der Schülerinnen und Schüler hier in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist und freie Schulen damit das staatliche System stärken, stagnierte die Ersatzschulfinanzierung des Landes in den vergangenen Jahren in Relation gesehen. Diesen Umstand muss die Landesregierung wieder ändern und die Ersatzschulen adäquat ausstatten, das heißt: als dynamische Berechnungsgrundlage das Vorjahr zugrunde legen, mindestens jedoch von 2011 auf 2021 hochstufen und die 85 Prozent Landesanteile an den Kosten eines Schülers an einer öffentlichen Schule auf der Basis dieser Grundlage berechnen.
(Mehrausgaben pro Jahr gegenüber heute im Land: zweistellige Mio. Euro-Höhe)

Hessische Bildungsstiftung für Innovationen und Modellversuche gründen

In Hessen erfolgen Modellversuche selten aus der Mitte der Bildungsgemeinschaft heraus, sondern vornehmlich aus dem bestehenden System und den innerhalb dieser stabilen Strukturen handelnden Akteure. So bleibt Innovationspotenzial auf der Strecke. Mit einer hessi-

schen Bildungsstiftung im Zuge eines Public Private Partnership, bei dem sich die breite Bildungslandschaft Hessens inhaltlich und finanziell mit Modellprojekten integriert, könnte die Landesregierung Innovationen auf einer breiten Basis entwickeln und Modellprojekte anstoßen, fördern, evaluieren und vor einer Feldeinführung sinnvoll erproben. Zudem bestünde die Möglichkeit, die zwei Welten des klassischen Bildungssystems mit der Welt der EduTechs und Education-Startups miteinander zu verbinden und den Wissenstransfer zwischen diesen beiden bislang eher getrennt operierenden Bereichen zu befördern. Die Stiftung könnte auch als Plattform zum Austausch über die Schule der Zukunft fungieren.
(Einmalige Mehrausgaben gegenüber heute im Land: einstellige Mio. Euro-Höhe)

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. ist die Dachorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Hessen. Sie repräsentiert 87 Verbände mit rund 100.000 Mitgliedsunternehmen und rund 1,5 Mio. Beschäftigten.

Die VhU will der Vielfalt der Gesellschaft durch einen bewussten Umgang mit Sprache Rechnung tragen. Es ist Ziel und Anspruch, alle Menschen auch in der Sprache angemessen zu repräsentieren und zu adressieren. Aber gerade weil Sprache etwas Fließendes ist, kann sie dem möglicherweise noch nicht immer und überall gerecht werden. Aktuell gibt es viele Ideen, aber noch keine allgemein anerkannte Lösung. Es ist ein Lern- und Veränderungsprozess, den die VhU bestrebt ist mitzugehen. Wenn in diesem Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Form (generisches Maskulin) verwendet wird, sind damit stets wertfrei alle Geschlechter (m, w, d) gemeint.